

Jahresthema: Bildungswelt(en) der Zukunft

Fachtagung der Ausschüsse „Berufsbildende Schule“, „Real- und Hauptschule“ und „Förderschule“

Demokratiebildung und Kommunikationskultur im Zeitalter der Digitalisierung

Verstärkt durch die Pandemie steht die Demokratie in Deutschland vor großen Aufgaben, wobei sie gefordert ist, Gestaltungskonzepte und Lösungsansätze für komplexe und miteinander verbundene Herausforderungen wie Digitalisierung, Globalisierung, Migration/Integration, Inklusion, Klimawandel und Umweltproblematik zu entwickeln und inklusiv umzusetzen.

Dejan Mihajlovic: "Demokratiebildung findet nicht nur dann statt, wenn Partizipation gelingt. Für eine erfolgreiche Beteiligung genügt es nicht, Angebote zu schaffen. Partizipation ist ein Prozess, in dem Unterstützung benötigt wird und Beteiligung gelernt werden muss, dauerhaft und auf verschiedenen Ebenen."

Demokratiebildung findet von früh an als eine gemeinsame Aufgabe des Elternhauses, der vorschulischen Erziehung und der Schule statt. Schulische und vorschulische Bildung sind ein wichtiger Baustein unserer Demokratie. Eltern- und Schülermitwirkung sind mehr oder weniger schulgesetzlich verankert, die praktische Umsetzung muss in der täglichen Lebenswelt aller Kinder und Jugendlichen deutlich gestärkt werden.

Bereits in der frühkindlichen Bildung entstehen erste demokratischeschädliche Erfahrungen. Eine mögliche Ursache sind fehlende personelle Ausstattung sowie nicht ausreichende Fort-, Aus- und Weiterbildung des pädagogischen- und sonderpädagogischen Personals. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Mangelwirtschaft unseres Bildungssystems.

Demokratie ist eine Schulentwicklungsaufgabe. Es gibt viele Prozesse in den täglichen Abläufen, bei denen Demokratie analog und digital geübt werden kann, damit alle Schüler erkennen und erfahren, dass jede einzelne Meinung in der Demokratie eine Rolle spielt. Projekte wie Frei-Days und andere best-practice Beispiele bieten hier erfolgreiche Möglichkeiten zur Kommunikation und Kollaboration.

Somit wird ein demokratisches Verständnis aller an Bildung Beteiligten signalisiert. Die voranschreitende und wichtige Digitalisierung in Schule vernachlässigt hier unsere demokratischen Grundgedanken. Die notwendige Demokratiebildung zur Sensibilisierung für die Mechanismen und Nutzung der verschiedenen digitalen Angebote hält hier nicht Schritt. Dazu kommt, dass gesellschaftlich eine Verrohung des Umgangs untereinander zu beobachten ist.

Wir fordern eine demokratische und schulgesetzlich verankerte, paritätische (gleichberechtigte, gleichwertige) Mitbestimmung von Schülerschaft, Eltern und pädagogischem Personal und Etablierung dieser über die schulischen Gremien hinaus. Kommunikation muss auf Augenhöhe aller an Schule Beteiligten erfolgen, darf kritisch und konstruktiv sein und muss in den Mitwirkungsverordnungen/Schulgesetzen festgeschrieben sein.

Eltern- und Schülermitbestimmung sind auf kommunaler und staatlicher Ebene durch geregelte Finanzierungsstrukturen im Rahmen der Haushalte so auszustatten, dass die Gremien ihre Arbeit optimal erfüllen können.

Demokratiebildung in Schule muss als fächer- und länderübergreifende Aufgabe verstanden werden. Es geht um die Entwicklung von Kompetenzen im Fachunterricht, als fächerverbindender und übergreifender Ansatz in der Schulkultur und mit externen Partnern im sozialräumlichen Umfeld. Die Beteiligten müssen durch konkrete Möglichkeiten erfahren, wie sie das Leben im Schulalltag selbstwirksam mitgestalten können.

Jedem/r Schüler/-in soll während seiner/ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstättenfahrt im Rahmen der politischen Bildung ermöglicht werden, um die Geschichte zu erleben, zu fühlen und zu verinnerlichen. So kann politisches Rechtsbewusstsein aufgebaut werden. Eine Implementierung in die Rahmenlehrpläne der einzelnen Länder ist unerlässlich.

Die Herausforderung einer angemessenen Demokratiebildung auch in der Kultur der Digitalität muss angenommen werden.

Das Ziel guter Bildung ist es, Schüler und Schülerinnen (SuS) Orientierung an den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in unserer pluralistischen Gesellschaft zu geben und sie zu befähigen, gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderungen zu verstehen und zu beurteilen.

Unsere demokratische Gesellschaft hat eine Zukunft, wenn wir unseren SuS und allen an Bildung Beteiligten die eigene Vergangenheit fortlaufend vergegenwärtigen und wir die digitalen Möglichkeiten in der Gegenwart zielorientiert und umfassend einsetzen.

Die Resolution wurde von den Delegierten des Bundeselternrats verabschiedet.

Für eine bessere Lesbarkeit haben wir weitestgehend auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Im Sinn der Gleichbehandlung gelten entsprechende Begriffe für alle Geschlechter.